

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
KARL HONAY

15

Zweite Ausgabe

Wien, am 12. Jänner 1931.

## Der Rechnungsabschluss der Stadt Wien für das Jahr 1929.

Der Wiener Stadtsenat setzte heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Beratung des Rechnungsabschlusses der Stadt Wien für das Jahr 1929 fort.

Zur Verhandlung gelangt die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung. Berichterstatter ist Stadtrat Breitner; er führt aus, dass die Ausgaben für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung im Jahre 1929 über 107 Millionen Schilling betragen haben. Mehrausgaben seien im Ausmasse von 1¼ Millionen Schilling bei den laufenden Unterstützungen und Aushilfen für Erwachsene und im Betrage von 300.000 Schilling bei der Fürsorge für Kinder und Jugendliche zu verzeichnen.

Stadträtin Dr. Motzko bespricht an der Hand des Kontrollamtsberichtes ausführlich verschiedene Zweige der Wohlfahrtsverwaltung. Sie bemerkt, dass der Kontrollamtsbericht eine recht undurchsichtige und saloppe Gebahrung in der Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung vermuten lasse. Im Verlaufe ihrer weiteren Ausführungen verlangt die Rednerin unter anderem, dass der absoluten Selbstherrlichkeit der Fürsorgeinstitutsvorstellungen ein besonderes Augenmerk zugewendet werden müsse. Zu bemängelt sei auch, dass die Strassenbahnfreifahrtscheine dem Wohlfahrtsamt mit einem zweiprozentigen Aufschlag in Rechnung gestellt werden; eine derartige überflüssige Belastung des Budgets für Wohlfahrtswesen müsse in Zukunft unterlassen werden. Im Allgemeinen müsse festgestellt werden, dass die private Fürsorge viel billiger als die städtische Fürsorge arbeite; das treffe vor allem bei den Kindergärten und Jugendheimen zu, deren Verpflegskosten ungeheuer hoch seien.

Nach einer kurzen Erwiderung des Referenten werden die Positionen der Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung genehmigt.

Für die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen erstattet St. R. Weber das Referat. Er stellt fest, dass für Wohnhaus- und Siedlungsbauten um rund 15½ Millionen Schilling mehr aufgewendet worden seien, als vorgesehen gewesen sei. Die **Überschreitung** des Budgetansatzes sei durch die energische Fortführung des vom Gemeinderat beschlossenen Wohnbauprogrammes begründet. Die Gesamtausgaben für Wohnhaus- und Siedlungsbauten haben im Jahre 1929 über 91 Millionen Schilling betragen.

St. R. Biber erklärt, dass er sich der Meinung des Rechnungshofes, die Wohnbauten seien bis ins kleinste Detail exakt und tadellos ausgeführt, als Fachmann nicht anschliessen könne. Der Redner bespricht eingehend die Zinsbildung in den städtischen Wohnhausbauten und verlangt die Angleichung der Zinse an die wirtschaftlichen Verhältnisse. Er beantragt, dem Stadtsenat über die hypothekarische Sicherstellung der in Angelegenheit der Genossenschaftskredithilfe etwa 31½ Millionen Schilling betragenden Bauvorschüsse in nächster Zeit zu berichten, weiter die Verbauung der Versorgungshausrealität nach Tunlichkeit zu betreiben; ein dritter Antrag lautet: Um die Auswirkung des in der Verrechnung der Gemeinde Wien eingeführten 13. Monats hinsichtlich der von der Gemeinde getätigten Wohnungs- und Siedlungsbauten erfassen zu können, sind über die dem abgelaufenen Geschäftsjahre während des 13. Monats angelasteten Beträge im Rechnungsabschluss künftighin besondere Aufzeichnungen zu bringen.

GR. Binder spricht ausführlich über die städtische Wohnbautätigkeit, wobei er sich unter anderem gegen die Überschreitung des Voranschlages um nicht weniger als 15½ Millionen Schilling wendet. Zu tadeln sei auch, dass die Gemeinde in ihren Neubauten Institutionen der sozialdemokratischen Partei unterbringe. So seien auf der Wieden in städtischen Wohnhäusern 4 sozialdemokratische Reklamationsstellen untergebracht worden. Ein solches Vorgehen sei ganz unangehörig und müsse die schärfste Kritik finden.

St. R. Kunschak erklärt, dass im städtischen Neubau Alserstrasse-Gürtel das sozialdemokratische Bezirksparteisekretariat Alsergrund untergebracht sei. Im Bauplane dieses Hauses seien seinerzeit nur Geschäfte und Wohnungen vorgesehen gewesen. Er stellt an den Referenten die Anfrage, was für Räumlichkeiten für das Parteisekretariat zur Verfügung gestellt worden seien.

St. R. Weber beantwortet in seinem Schlusswort die an ihn gestellten Anfragen, worauf die Positionen der von ihm vertretenen Verwaltungsgruppe angenommen wurden. Die Anträge Biber hinsichtlich der Verbauung der Versorgungshausrealität und des Berichtes über die hypothekarische Sicherstellung der Bauvorschüsse in Angelegenheit der Genossenschaftskredithilfe werden angenommen; der Antrag bezüglich der Verrechnung der im 13. Monat aufscheinenden Beträge wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Den Bericht über die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten erstattet St. R. Richter. Aus dem Referat ist hervorzuheben, dass nunmehr schon 20 Kinderfreibäder der Wiener Jugend unentgeltlich zur Verfügung stehen. Im Jahre 1929 haben nicht weniger als fast 10½ Millionen Personen die städtischen Bäder besucht.

St. R. Biber wünscht, dass Arbeiten grösseren Umfanges, wie z. B. die in letzter Zeit vergebenen Gartenerhaltungsarbeiten, die 75.000 Schilling Kosten erfordern, öffentlich ausgeschrieben werden sollen. Er beantragt schliesslich, die Buchführung der betriebsmässig geführten Dienststellen, die keine hoheitsrechtlichen Aufgaben zu erfüllen haben, so durchzuführen; dass der wirtschaftliche Erfolg dieser Betriebe erkannt werden könne. St. R. Kunschak bemängelt, dass der Zustand der Wiener Strassen trostlos sei. Trotzdem werden auf dem Gebiete der Strassenerhaltung noch Ersparnisse gemacht. Es sprechen noch Vizobgm. Hoss und G. R. Uebelhör, worauf nach dem Schlusswort des Referenten die Positionen der Verwaltungsgruppe angenommen werden. Der Antrag Biber wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Die Beratung wird morgen um 10 Uhr fortgesetzt.